

Ein «rotes Tuch» für die Bürgerlichen

Im Zürcher Gemeinderat wurde sie bereits verabschiedet, offiziell geht die Amtszeit der nach knapp zwölf Jahren zurückgetretenen SP-Gemeinderätin Marianne Aubert mit den Sportferien zuende. Wie es ihr dank konsequent linker Politik gelang, die Bürgerlichen gegen sich aufzubringen, erzählt sie im Gespräch mit Nicole Soland.

Wie verlief Ihr Start im Gemeinderat, in den Sie im September 2008 eintraten?

Marianne Aubert: Zuvor hatte ich vier-einhalb Jahre lang als Geschäftsleitungsmitglied der Schulpflege Zürichberg eine verantwortungsvolle Aufgabe innegehabt; ich wusste also, was im Gemeinderat auf mich zukommen würde. Dass mein Vorgänger überraschend per sofort zurücktrat und ich nur zehn Tage Zeit hatte, um mich für mein bestehendes oder für das neue Amt zu entscheiden, war aber natürlich nicht geplant. Doch ich sagte mir, wenn ich diese neue Herausforderung jetzt nicht annehme, wann dann? Also griff ich zu.

Wie gross war die Umstellung?

Als Gemeinderätin hat man mit viel mehr Menschen zu tun, das Parlament ist ja auch für die ganze Stadt zuständig. Natürlich ist man als Vertreterin des eigenen Quartiers gewählt, doch auch die Quartierpolitik muss man im Gemeinderat anders betreiben – für die ganze Stadt eben.

Der Einstieg war somit nicht ganz einfach?

Ja, doch das hatte vor allem damit zu tun, dass die Legislatur bei meinem Eintritt bereits zwei Jahre alt war, sprich, die SP-Fraktion war ein gut eingespieltes, aber auch relativ fixes Gebilde. Darin musste ich meinen Platz erst finden. An meiner ersten Fraktions-sitzung hatte ich mich gleich einer Kampf-wahl zu stellen, denn ich wollte in die Ver-kehrskommission.

Warum ausgerechnet dorthin?

Als Jugendliche lebte ich in Seebach, und die Nordumfahrung hat mich politisiert. Ich gewann die Kampfwahl in der Fraktion, die damals so gross war, dass sie fünf Mit-glieder in die Verkehrskommission schicken konnte. Zuerst musste ich mich einarbeiten, das dauerte ein paar Monate, danach befasste ich mich mit Baulinien – ein Thema, das sonst keineR wollte. Doch es wird sofort poli-tisch, wenn Land verschoben werden soll, und ich nahm die Arbeit auch dann ernst, wenn es nur um eine Hofeinfahrt oder ein Stück eines Gartens ging. Da ich vom Theater her komme, liess ich mir für die Vorstellung der Bau-linienvorlagen im Rat jeweils etwas Lustiges einfallen – bis ich irgendwann «Madame Bau-

linie» genannt wurde (lacht). Ich fand stets Mehrheiten für «meine» Vorlagen. Mit der Zeit merkten meine FraktionskollegInnen ü-brigens, dass sie das Thema Baulinien total un-terschätzt hatten...

Sie waren im Rat aber längst nicht «nur» als Baulinienspezialistin bekannt.

Viel Arbeit habe ich in die Revision der Allgemeinen Polizeiverordnung gesteckt; zu diesem Thema war ich als Referentin der SP gesetzt. Die Revision der Prostitutionsgewer-beverordnung und auch jene der Parkplatz-verordnung gab viel zu tun. Ich habe rund zwei Jahre lang nur legiferiert. Das war sehr interessant, weil es mir Gelegenheit bot, in die Themen einzutauchen, Begleitvorstösse dazu zu machen und auch mal im «TeleZüri» zum ge-planten «Staatsbordell» Auskunft zu geben.

Wenn Sie in der Gemeinderatssitzung ans Mikro-phon gingen, ertönte von den FDP- und SVP-Bän-ken her oft schon Murren, bevor Sie überhaupt zu reden anfangen. Viel Feind', viel Ehr', sagt man – wie haben Sie es geschafft, die Bürger-lichen so gegen sich aufzubringen?

Zumeinen habe ich die Strategie des Stadtrats zu Hausbeset-zungen stets unterstützt. Ich war in den 1980er-Jahren selbst in dieser Szene aktiv und sehe keinen Grund, meine Haltung zu ändern: Es mangelt in Zürich nach wie vor an bezahlbarem Wohnraum. Ebenfalls ein rotes Tuch war ich den Bürger-lichen wegen der Parkplatzpolitik: Früher war pro 125 m² Wohnfläche ein Parkplatz Pflicht, heute ist es einer pro 140 m². Inhaltlich war die Änderung allem bürgerlichen Murrens zum Trotz absolut sinnvoll, es haben ja immer weni-ger Haushalte in der Stadt ein Auto. Umgekehrt war die SP lange quasi traditions-gemäss gegen die Aufstockung von Polizeistellen, und das hat nach den letzten Wahlen und mit den vielen neu-ten Leuten geändert – erstmals hat unsere Frak-tion eine Aufstockung um rund acht Stellen mit-getragen.

Was bleibt Ihnen als Vertreterin Ihres Wohn-quartiers Fluntern in Erinnerung?

Nach 30 Jahren in Fluntern kannten mich dort alle und kamen mit ihren Anliegen zu mir. Auch mit der berühmten Rebbeg-Idee



Tritt nach knapp zwölf Jahren aus dem Ge-meinderat zurück: Marianne Aubert. zvg

hatte ich viel zu tun, und ehrlich gesagt ist mir bis heute nicht ganz klar, weshalb auf jener Wiese partout keine Bio-Reben angepflanzt werden dürfen. Aber gegen das Gewöhnliche Widderchen, einen seltenen Nachtfalter, war nun mal nichts zu machen... Etwas anderes hingegen hat mich geär-gert, nämlich die Übermacht von Witikon – dabei ist Witikon nur eins von sechs Quartieren. We-gen der Busverlängerung für die WitikerInnen haben wir in Flun-tern ein Tram weniger. An der Sonnenbergstrasse gab es mal einen Kleinbus, der ist auch weg, und am Vorderberg warten wir seit ewig auf eine Velospur.

Das eine oder andere hätten Sie demnach gern noch in den Rat gebracht?

Ich hatte und habe immer viele Ideen, aber um daraus seriöse, fundierte Vorstös-se zu machen, fehlte mir oft die Zeit. Alles in allem habe ich im Rat sehr viel gelernt, poli-tisch, verwaltungstechnisch, übers Funktio-nieren von Planungsprozessen und so weiter. Deshalb bin ich frei von jeglichem «hätte ich doch» – zumal ich ja aus freien Stücken zu-rückgetreten bin, sprich, auch noch hätte blei-ben können. Doch seit den Wahlen hat es viele neue, junge Frauen in der Fraktion; das finde ich toll. Ich war zwölf Jahre dabei, das ist eine gute Grössenordnung. Jetzt ist dieser Lebens-abschnitt vorbei, und das ist gut so.

«Aber gegen das Gewöhnliche Widder-chen, einen seltenen Nachtfalter, war nun mal nichts zu ma-chen...»

Marianne Aubert